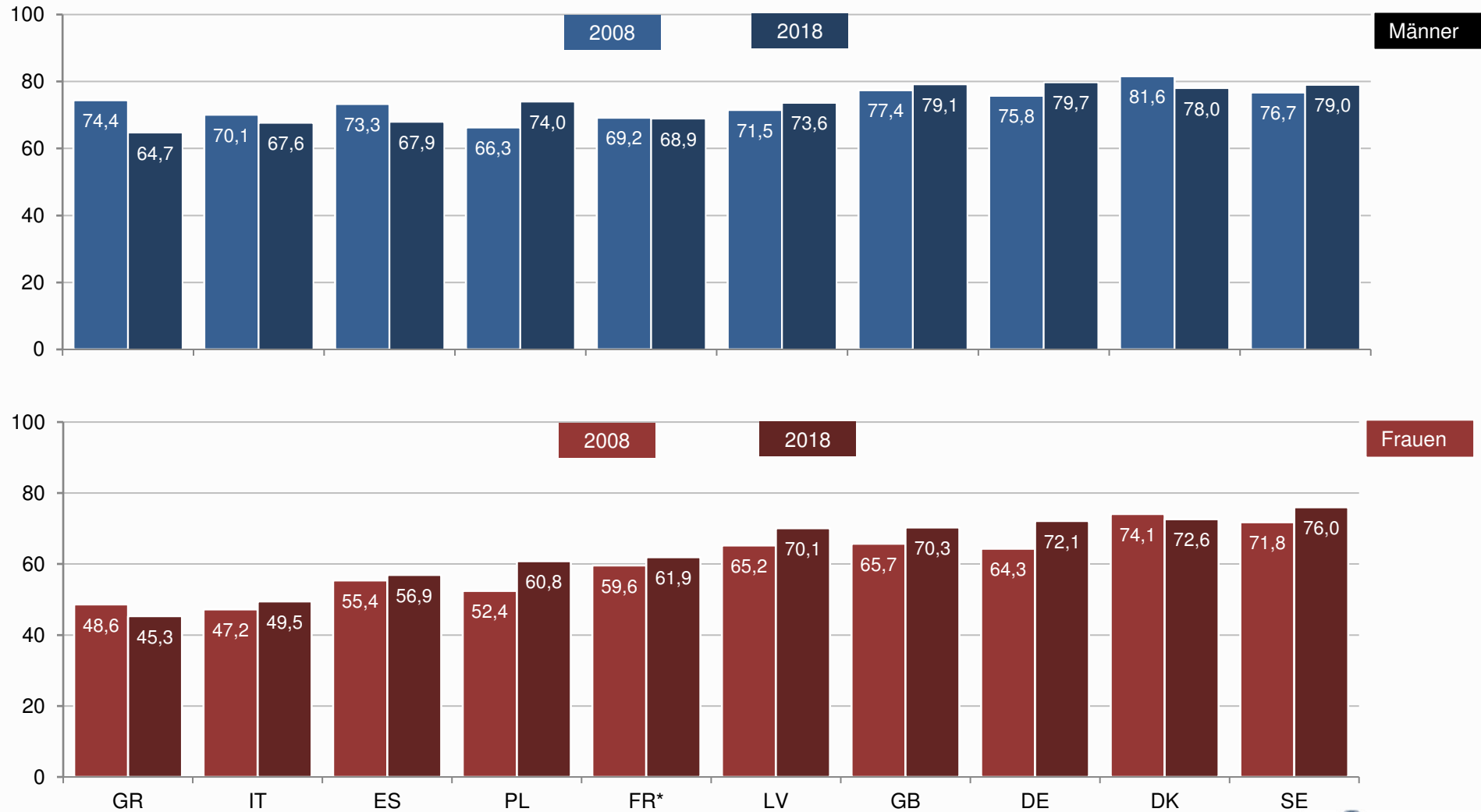


# Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018 in %



Quelle: Eurostat (2019): Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS) \*2007



## Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018

Vergleicht man die Erwerbstätigenquoten von Männern zwischen ausgewählten EU-Ländern, dann zeigt sich für das Jahr 2018, dass die höchsten Werte mit jeweils über 75 % in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Dänemark, also in den Staaten West- und Nordeuropas zu finden sind. Dagegen haben Spanien (67,9 %), Italien (67,7 %) und Griechenland (64,7 %) die niedrigsten Erwerbstätigenquoten. Hier handelt es sich um die südeuropäischen Länder, die nach wie vor besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind.

Im Verlauf zwischen 2008 und 2018 kommt es zu einer differenzierten Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Männer. In Polen (+ 11,6 %), Deutschland (+ 5,1 %), Großbritannien (+ 2,2 %) und Schweden (+ 3,0 %) lässt sich eine ansteigende Quote beobachten. Dagegen ist die Erwerbstätigenquote in den südeuropäischen Ländern Griechenland (- 13,0 %), Spanien (- 7,4 %) und Italien (- 3,6 %) am stärksten rückläufig. Eine Besonderheit ist in Lettland auszumachen, wo trotz erhöhter Quote die Zahl der männlichen Erwerbstätigen zurückgegangen ist (vgl. [Tabelle X.9](#)). Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man berücksichtigt, dass die Bevölkerung in erwerbsfähigen Alter noch stärker angestiegen ist. Dementsprechend lässt eine Veränderung der Erwerbstätigenquote nicht automatisch einen Rückschluss auf die absolute Zahl der Erwerbstätigen zu.

Bei den Frauen liegen 2018 die Erwerbstätigenquoten in allen ausgewählten Ländern unterhalb denen der Männer. Dabei erreichen nur in den beiden skandinavischen Ländern Schweden und Dänemark sowie Deutschland, Großbritannien und Lettland die Erwerbstätigenquoten Werte um 70 %. Demgegenüber haben Griechenland und Italien die niedrigsten Quoten mit jeweils unter 50 %.

Im Gegensatz zu den Männern haben sich bei den Frauen in fast allen Ländern, mit Ausnahme von Griechenland und Dänemark, die Erwerbstätigenquoten in den vergangenen 10 Jahren erhöht. Die größten Zuwächse verzeichnen dabei Polen mit 16,0 %, Deutschland mit 12,1 % und Lettland mit 7,5 %.

Die Erwerbstätigenquote der Männer lag 2018 in allen ausgewählten EU-Mitgliedstaaten durchgehend über der Quote der Frauen. Es gibt jedoch eine erhebliche Streubreite: Der Unterschied zwischen den Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen war mit 19,4 Prozentpunkten in Griechenland am höchsten, gefolgt von Italien (18,1 Prozentpunkte), Polen (13,2 Prozentpunkte) und Spanien (11,0 Prozentpunkte). Dagegen waren die Unterschiede in Lettland (3,5 Prozentpunkte), Schweden (3,0 Prozentpunkte) und Dänemark (5,4 Prozentpunkte) am geringsten.

Die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen sind vielfältig und hängen unter anderem eng mit Veränderungen der Bevölkerungszahl und –struktur, der Arbeitslosigkeit, oder der Regelung der Ausbildungsphasen zusammen. Dabei resultiert der Rückgang der (männlichen) Erwerbstätigenquoten insbesondere in den südeuropäischen Staaten in erster Linie aus der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzkrise. Gerade in diesen Ländern hat die bisherige Austeritätspolitik der Europäischen Union bislang nicht zu einer Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes geführt, sondern die sozialen Probleme und das Armutsrisiko in diesen Ländern weiter verschärft (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, auch in den krisengebeutelten südeuropäischen Ländern, wird durch eine Reihe von sozio-ökonomischen Faktoren bedingt. Vor allem die Rolle der Frau in der Ehe hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert, indem der Mann nicht mehr automatisch der alleinige Versorger der Ehe bzw. der Familie ist. Des Weiteren hat sich die schulische und berufliche Ausbildung der Frauen verbessert, weshalb auch der Wunsch nach mehr Eigenständigkeit, finanzieller Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung wächst. Daher wollen immer mehr Frauen, Berufstätigkeit und Kindererziehung parallel miteinander verbinden. Kommt es nach der Geburt von Kindern zu einer Erwerbsunterbrechung, so fällt diese nur kurz aus, da eine schnelle Rückkehr in den Beruf angestrebt wird.

## Hintergrund

Beschäftigungspolitische Fragen stehen in der EU seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend im Fokus. Im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) wurde die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) vereinbart, um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. Dabei wurde festgelegt, dass bis zum Jahr 2010 eine Gesamterwerbstätigenquote von 70%, eine Frauenerwerbstätigenquote von 60% sowie eine Erwerbstätigenquote der älteren Menschen (55 bis 65 Jahre) von 50% erreicht werden sollte. Die EBS setzte zur Erreichung ihrer Ziele insbesondere auf Lernprozesse der Mitgliedsstaaten untereinander, gleichzeitig diente die Finanzierung beschäftigungspolitischer Projekte durch die europäische Regional- und Strukturpolitik als flankierende Maßnahme. Spätestens mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise war absehbar, dass die Ziele der EBS nicht erreicht werden können. Deshalb integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hat, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- Bis 2020 sollen 75 % der 20-64jährigen eine Beschäftigung haben
- Generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern
- Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität
- Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung oder zu einer gleichwertigen Bildung
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen sollen weniger durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern tatsächlich eintritt. Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse

erreicht werden können. Dies ist jedoch zum Einen in volkswirtschaftlicher Hinsicht wenig wünschenswert, zum Zweiten entspräche es auch nicht den Erwerbswünschen des Großteils der Frauen.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten zu der Erwerbstätigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Die Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit kann als Zahl der erwerbstätigen Personen oder der Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten oder in geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Um Vergleiche zwischen unterschiedlich großen Ländern zu ermöglichen und die Auswirkungen der Veränderung der Bevölkerungsgröße der Länder im zeitlichen Verlauf auszuschließen, werden in Erwerbstätigenstatistiken Erwerbstätigenquoten berechnet. Die Zahl der Erwerbstätigen wird ins Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung gesetzt. Dabei wird in der Regel auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Bezug genommen (zwischen 15 und 64 Jahre). Einzige Ausnahme bildet Großbritannien, für das die Altersspanne 16 bis 64 Jahre beträgt.

Als zentrales Maß zur Erwerbsbeteiligung, das internationale und zeitliche Vergleiche zulässt, hat die Erwerbstätigenquote jedoch auch ihre Schwächen: Sie erfasst alle Erwerbstätigen und alle Formen der Erwerbstätigkeit. Aus ihr lässt sich z.B. der Anteil der Selbstständigen, der Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten und vor allem der Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht ablesen.

Die Daten der Europäischen Kommission weichen von den nationalen Beschäftigungsdaten (etwa dem Mikrozensus) ab, weshalb kein direkter Vergleich zwischen den verschiedenen Datensätzen erfolgen kann.